

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 60 – Situation auf dem Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein

Dazu sagt der wirtschaftspolitische Sprecher
von Bündnis 90/Die Grünen,

Andreas Tietze:

Nr. 671.10 / 17.11.2010

Alle Jugendlichen müssen eine Ausbildung erhalten

Es ist absolut erfreulich, dass die Arbeitslosenzahl in Schleswig-Holstein unter 100.000 liegt. Es geht in der Arbeitsmarktpolitik jedoch nicht nur um die Quantität, sondern auch um die Qualität der Arbeitsplätze.

Wie sieht es aktuell auf dem Arbeitsmarkt aus – der Trend geht in Richtung Abschied von der Vollzeitbeschäftigung, von der einE ArbeitnehmerIn mit ihrer oder seiner Familie auch leben kann. Es gibt immer mehr Teilzeitarbeit, immer mehr Leiharbeit und mehr befristete Arbeitsverhältnisse – für die Menschen bedeutet das Unsicherheit in der Lebensplanung.

Auch die Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse nimmt immer mehr zu, dies geschieht alles zu Lasten der sozialversicherungspflichtigen Jobs – es besteht also kein Grund zur kritiklosen Jubelstimmung wie hier von CDU und FDP vorgeführt.

Die Bundesrepublik ist erstaunlich gut durch die schlimmste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit gekommen. Dazu haben die Kurzarbeitsregelungen und die vielen betrieblichen Bündnisse für Beschäftigung beigetragen, bei denen die ArbeitnehmerInnen deutliche Zugeständnisse machen mussten.

Wer ernsthaft über den Arbeitsmarkt reden will, muss in die Zukunft denken. Schon heute beklagen wir einen eklatanten Fachkräftemangel. Das wird sich noch verschärfen. Wir können es uns überhaupt nicht mehr leisten, junge Menschen ohne Abschluss aus der Schule zu entlassen.

Schleswig-Holstein liegt bei dem Anteil der in der Schule Gescheiterten bundesweit ganz vorne. Ohne einen Schulabschluss ist eine anschließende qualifizierte Berufsausbildung kaum denkbar. Es darf keinE JugendlicheR darf zurück gelassen werden, mög-

lichst alle müssen eine Berufsausbildung erhalten.

Eine zunehmend alternde Gesellschaft braucht alle jungen Talente für ihre Weiterentwicklung. Zuallererst brauchen wir dafür Investitionen in Bildung und Betreuung, wie wir Grünen das für den Landeshaushalt beantragt haben.

Eine gute Förderung von Anfang an verbessert die Sprach- und Sozialkompetenz. Ganztagschulen fördern die Motivation und die Lernbereitschaft und verbessern die Teilhabe und Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen – wir haben hier kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit in Deutschland.

Im internationalen Vergleich weist unsere Gesellschaft eine geringe Durchlässigkeit auf. Die Chancen für einen gesellschaftlichen Aufstieg sind in Deutschland extrem ungleich verteilt. Für die künftige Leistungsfähigkeit der Gesellschaft sind faire Aufstiegschancen ohne Alternative.

Und wir brauchen endlich eine moderne Einwanderungspolitik – wir reden viel zu lange und zu polarisierend darüber – es muss endlich gehandelt werden.

Unsere Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise ist der Green New Deal. Unser Konzept will den Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein strategisch neu ausrichten – wir sehen große Chancen neue Arbeitsplätze zu schaffen, wenn der „der Blaumann endlich GRÜN wird“

Wir wollen gezielte Investitionen in Klimaschutz, Zukunftstechnologien, Bildungssektor, Betreuung und Gesundheitswesen. Und wir dürfen auch den Megatrend der Offshore Windenergie nicht verpassen. Unsere Häfen müssen zur verlängerten Werkbank für die Parks draußen auf See werden. Brunsbüttel, Helgoland, Büsum, Husum, Hörnum sind starke Standorte dafür. Wir bedauern sehr, dass die schleswig-holsteinische Werftindustrie bei Offshore nicht vorankommt.

HDW wäre prädestiniert dafür, große hydraulische Arbeitsplattformen für die Errichtung der Offshore Windparks zu bauen. Direkt gegenüber dem Nord-Ostsee-Kanal gelegen hat HDW Zugang zur Ostsee wie zur Nordsee. Ein größerer Standortvorteil ist nicht denkbar. Die Aufträge gehen aber nach China und Südkorea. Hängt das auch mit der Kreditvergabe der Banken zusammen?

Was macht die Landesregierung, um hier gegenzusteuern. Offshore ist keine Modeerscheinung, die Offshore Windenergie ist ein Zukunftsgeschäftsfeld für die nächsten 50 Jahre und das weltweit – diese Wertschöpfung muss auch im schleswig-holsteinischen Arbeitsmarkt ankommen.
